

Diese Spannung spiegelt sich auch im Abschluss des Manifests, das Versform annimmt:

Wegen all dem Vorherigen bin ich empört.
 Ich glaube, dass ich es verändern kann.
 Ich glaube, dass ich helfen kann.
 Ich weiß, dass wir gemeinsam können.
 Gehe mit uns raus. Es ist Dein Recht.
 (Democracia Real Ya 2011)

Die erste Zeile stilisiert die Empörung als bündelnden Abwehrreflex gegenüber allen Ungerechtigkeiten. Die Empörung richtet sich gegen Missachtungs- und Verarmungserfahrungen, gegen das hilflose Ausgesetzsein gegenüber den Wirtschafts- und Politikeliten. Eine breite Empörung gegen alle Ungerechtigkeiten entflammt und wird zu einem breiten *Veränderungswillen* kanalisiert. Zunächst verortet sich dieser auf der Ebene des Einzelsubjekts (»Ich glaube, dass ich es verändern kann. Ich glaube, dass ich helfen kann«). Auf dieser subjektiven Ebene bleibt vorerst – wie das Verb »glauben« unterstreicht – der Veränderungsanspruch noch unbestimmt, mehr Wunsch als Wirklichkeit. Dies verschiebt sich, sobald in der folgenden Zeile die Agency vom »Ich« zum »Wir« wechselt. Die Konstitution als Kollektivsubjekt macht den Glauben zur Gewissheit, dass sich der Wandel materialisieren könnte – und zwar als Ergebnis einer kollektiven Praxis (»Ich weiß, dass wir gemeinsam können«). Die Gewissheit, dass der Wandel gemeinsam möglich sei, verhärtet sich somit im Appell: »Gehe mit uns raus.« Dass dieser Aktivismus prinzipiell gerechtfertigt ist, sogar eine prinzipielle Legitimität für sich beanspruchen kann, davon zeugt der Abschlusssatz: »Es ist dein Recht.« Es ist das Recht jedes Einzelnen, aktiv in die Verhältnisse einzugreifen, um den bestehenden Unrechtzustand zu brechen.

2.2 Antagonismus und Identität (I): Der Feind ist das System

Im Manifest von »Echte Demokratie Jetzt« erscheinen bereits zentrale Motive des Empörungsdiskurses. Zunächst ist dies eine so breite wie unbestimmte Wir-Identität. Im Manifest fällt der Begriff des »harten Arbeitens« als verbindender Knotenpunkt, der die Empörten quasi vor ihrer Empörung auszeichnet und sie als Durchschnittsbürgerinnen kenntlich macht. Auf die Straße zu gehen und zu protestieren, ist insofern kein willkürlicher, sondern ein notgetriebener Akt. Was bleibt außer Protest, wenn trotz der harten Arbeit des Durchschnittsmenschen die »andere Seite« den Gesellschaftsvertrag nicht einlöst, wenn die einfachen Leute trotz Studium, Arbeit oder Arbeitssuche nicht materiell überleben können, während der Reichtum der Eliten trotz Wirtschaftskrise weiterwächst? Dies ist die rhetorische Grundfrage des Manifests. Auf jenes »hart arbeitende Wir«, das seinen Protest aus materieller Not heraus artikuliert, wird später genauso zurückzukommen sein wie auf die Forderung nach der Verwirklichung basaler sozialer Rechte (auf Arbeit, Wohnen oder Teilhabe), die im Manifest auftauchen. An dieser Stelle allerdings gilt es, die antagonistische Grenzziehung, welche die neue Wir-Identität tätigt, präziser nachzuzeichnen: Gegen *wen* und gegen *was* wenden sich die Indignados?

Als Ausgangspunkt hilft die Einteilung, die im Manifest vorgenommen wurde. Es stellte sich heraus, dass sich die Empörung sowohl gegen spezifische Strukturen als auch gegen spezifische Kollektive richtet – und zudem eine individualistische, da moralisierende Komponente enthält. Nun legt der Rückgriff auf die Dokumente der ersten Protestwochen genauso wie der Gruppen, die an der Organisation der ersten Proteste mitwirkten, offen: Die Indignados grenzen sich von einem »unterdrückenden System« ab, sie formulieren nicht eine Teilkritik an klar eingrenzbareren gesellschaftlichen Teilbereichen oder politischen Sachfragen, sondern eine *Totalkritik* am Ist-Zustand. Diese Totalkritik verdeutlichen zwei Mottos besonders deutlich, die beim Aufkommen der Empörtenproteste – und bald darüber hinaus – populär wurden: *Es ist keine Krise, es ist das System*. Und: *Wir sind keine Systemgegner, das System ist gegen uns*.⁹ Das erste Motto leitet zunächst einen Perspektivwechsel ein: Die Rede von der Krise als einer gleichsam natürlichen Gegebenheit, die es zu akzeptieren gilt, wird fallengelassen. Dass das Gros der Bevölkerung, und gerade die jüngeren Generationen, besonders von Arbeitslosigkeit, Prekarität und beruflicher Perspektivlosigkeit betroffen sind, ist diesem Motto zufolge keine Ausnahmeerscheinung, sondern die Regel. Das personifizierte »System« schafft Armut und Krisenverliererinnen. Letztere werden, darauf weist das zweite Motto hin, regelrecht zum Aufruhr gegen die geltenden Verhältnisse gedrängt. Das übliche Raisonement wird umgedreht: Nicht die Indignados wiegeln auf, vielmehr grenzt die bestehende Gesellschaft ihre Mitglieder aus.

Somit avanciert die Kritik am »System« zum am klarsten identifizierbaren, verbindenden Knotenpunkt von Phänomenen, die nicht gemeinsam artikuliert sein müssten, im Empörungsdiskurs jedoch gemeinsam artikuliert werden. Die Gemeinsamkeiten zwischen den verschiedenen Gliedern der *antagonistischen Kette* werden aber *nicht* in erster Linie durch den Signifikanten »System« gestiftet, sondern scheinen bereits a priori verbunden. Im Raisonement der Indignados wird, so ließ schon das Manifest von »Echte Demokratie Jetzt« erahnen, eine Reihe kausaler Verkettungen artikuliert: Die rücksichtslose Finanz- und Immobilienwirtschaft wäre nicht möglich ohne die gesetzgeberische Rückendeckung der institutionellen Politik, die Entfremdung des Politikestablishments gegenüber den Bürgern wäre nicht derart akzentuiert, wenn nicht im Hintergrund die Wirtschaftslobbys auf die Realisierung ihrer eigenen Agenda pochten. In welchem Ausmaß der Empörungsdiskurs die antagonistische Gegenseite als kohärente Profilierungsfolie artikuliert, zeigen zwei exemplarische Themenkomplexe, auf die ich im Folgenden der Reihe nach eingehe: zuerst die Kritik an der Immobilienblase, die 2008 abrupt geplatzt ist, sodann jene an der repräsentativen Demokratie. Besonders bei der ersten, aber teils auch bei der zweiten Thematik gehe ich auf Dokumente ein, die vor dem Ausbruch der Empörtenproteste im Mai 2011 zirkulieren. Dies soll verdeutlichen, dass die Indignados auf Vorläuferbewegungen aufbauen, die den Empörungsdiskurs präfigurieren.

9 Meine selektive Auswahl folgt der Auswahl der Diskursanalyse von Pérez Vicente (2013: 583ff.) sowie der bewegungsinternen Auflistung der populärsten Slogans der Empörtenproteste (vgl. Robledo 2013).

Eine andere Wohnpolitik für Spanien? Der bereits in der Franco-Diktatur sehr relevante und seit den 1980er Jahren exponentiell expandierend Immobiliensektor erfährt in Spanien ab 2008 einen jähen Zusammenbruch. Das Überangebot an Eigentumswohnungen und die Überschuldung der Privathaushalte durch die Aufnahme von Hypotheken erweist sich mitten in der Weltfinanzkrise von 2008 als einer der zentralen Faktoren, die den spanischen Wirtschaftskollaps erklären. Diese Krise kann und soll in dieser Studie – wie schon klargestellt – nicht erklärt werden.¹⁰ Vielmehr geht es hier darum, die politische Antwort auf die spanische Immobilienkrise seitens kritischer Protestbewegungen kursorisch vorzustellen. Kollektive wie *V de Vivienda* (V wie Wohnen [ein spanisches Wortspiel, CL]), *Plataforma para una Vivienda Digna* (Plattform für ein Wohnen in Würde) und die *Plataforma de Afectados por la Hipoteca* (Plattform der Hypothekbetroffenen, PAH) haben bereits vor dem Ausbruch der Empörtenproteste im Frühjahr 2011 ein ausgesprochen einheitliches Deutungsangebot ausgearbeitet, das sich in den Folgejahren als höchst einflussreich erweist – in der Zivilgesellschaft genauso wie in der institutionellen Politik. Was zuvor nur wenige vertreten, avanciert im Zeitraum von 2011 bis 2016 (und darüber hinaus) zur potentiell mehrheitsfähigen Position, die selbst moderate und rechtsliberale Kräfte aufgreifen. Vor allem drei Forderungen werden sich als einflussreich erweisen: die Infragestellung von Zwangsräumungen, die Problematisierung der Energiearmut und die Rede vom Recht auf Wohnen als einem universalen Grundrecht.¹¹

Wenn sich jetzt das Augenmerk auf die Eckpunkte der Immobilienkritik richtet, wie sie bereits vor den Empörtenprotesten artikuliert und in den Folgejahren weitestgehend beibehalten wird, dann lässt sich zunächst feststellen: Die im Feld des Wohnens engagierten Plattformen machen für die seit 2008 grassierende Immobilienkrise verschiedene Gruppen verantwortlich und schaffen zwischen ihnen eine *Áquivalenz*. Die Kritik richtet sich an Banken und Immobilienfirmen, aber auch an die Verwaltung und politische Entscheidungsinstanzen. Erstere haben mit Immobilien spekuliert, den Verkauf und Kauf von Wohnraum gegenüber den Mieten privilegiert, letztere dafür den politischen und legalen Rahmen geschaffen, der solch betrügerische Praktiken nicht nur erlaubte, sondern geradezu förderte. Die antagonistische Gleichschaltung der Wirtschafts- und Politikakteure verdeutlicht das Gründungsmanifest der PAH aus dem Jahr 2009:

Die Banken haben gemeinsam mit Immobilienfirmen, Verwaltung und Massenmedien jahrelang wiederholt, dass das Mieten einer Geldverschwendung gleichkomme, dass es weit besser wäre, zu kaufen – und jeder fest damit rechnen konnte, dass die Immobilienpreise niemals sinken würden. Unter diesen Umständen haben die Immobilienfirmen, Banken und Sparkassen die Gelegenheit genutzt und ihren gesamten Propagandaapparat dafür verwendet, um Immobilienkäufe und die Überverschuldung der Haushalte voranzutreiben. (PAH 2009)

10 Einführend zur Rolle der Immobilienwirtschaft bei Spaniens Wirtschaftskrise: López/Rodríguez 2011: 21–24.

11 Besonders der ethnographische Part wird auf Fragen der Wohnpolitik zurückkommen. Dass Fallbeispiel der PAH Barcelona wird zeigen, wie eine Bewegung, die vor den Empörtenprotesten entstand, im Jahr 2015 bereits deutlich durch diese Protestwelle geprägt ist. Auch die beiden Versammlungen von Indignados, die ich beobachte, machen fortwährend auf Fragen des Wohnens und des Rechts auf Wohnens aufmerksam.

Folgt man der Passage, dann liegt die Verantwortlichkeit für die Immobilienkrise bei einem breiten Konglomerat von Akteuren: Immobilienfirmen, Verwaltung, Banken, Massenmedien und Sparkassen. Sie alle tragen die Mitschuld daran, dass es so weit kommen konnte, dass der Kauf von Immobilien rücksichtslos vorangetrieben wurde – während die Möglichkeit, zur Miete zu leben, faktisch verunmöglicht wurde.¹² Ob die Hauptschuld für derartige Spekulation bei Politik oder Privatwirtschaft liegt, bleibt im PAH-Manifest offen. Zentral ist, dass eine *breite Gegnerfront* gezeichnet wird, bei der die Verantwortlichkeiten für die Malaise ineinander übergehen. Es werden nicht einzelne Akteure an den Pranger gestellt, sondern die Hilflosigkeit des Einzelbürgers gegenüber einer verallgemeinerten Spekulationspraxis unterstrichen.

Bei der Gruppe *V de Vivienda* verdichtet ein Positionspapier aus dem Jahr 2008 diese Strategie der diskursiven Verallgemeinerung und Gleichschaltung:

Nach fast zwei Jahren, in denen wir versucht haben, das Recht auf Wohnen zu verwirklichen, stellen wir fest, dass wir einen Etappenwechsel erleben, der besser als Wandel des Betruges [*cambio de estafa*] zu bezeichnen wäre. Vom Betrug, dass die Preise niemals sinken würde und der Wohnraum ein für immer rentables Inversionsgut bleiben würde, hin zum Wahlbetrug, den die politischen Parteien betreiben. Sie sprechen derzeit nur deshalb über das Recht auf Wohnen, weil sie mit öffentlichen Geldern die Profiteure des Immobilienbooms unterstützen, also jene, die für die gesamte Problemlage die Verantwortung tragen. (V de Vivienda 2008)

Die Kategorie »Wandel des Betruges« (*cambio de estafa*), von dem im Manifest die Rede ist, legt offen, dass bei der Schuldzuweisung in der Immobilienkrise keine Hierarchien gezogen werden, sondern geteilte Verantwortlichkeiten artikuliert werden. Während in der ersten Phase des Betrugs die Immobilienfirmen ihren Kunden vorgaukelten, Wohnraum sei »ein für immer rentables Inversionsgut«, liegt die Schuld in der »zweiten Phase« des Betrugs bei den Parteien. Die Losung lautet, dass sie die Forderung nach einem Recht auf Wohnen missbraucht hätten, um beim Ausbruch der Immobilienkrise die Profiteure (Makler und Bauunternehmen) des Immobiliengeschäfts mit öffentlichen Mitteln zu bezuschussen. Eines bleibt in der ersten und der zweiten »Phase des Betrugs« gleich: Die politischen und ökonomischen Eliten schließen sich zusammen gegen die Durchschnittsbürgerinnen, die hilflos und ausgeliefert bleiben.

Wie lässt sich diese Situation umdrehen oder zumindest verbessern? Bezeichnenderweise verlangen die Plattformen keinen radikalen Umbruch der Verhältnisse. Stattdessen verwenden sie eine *Sein-Sollen-Dichotomie*. Dass Wohnraum für alle bezahlbar bliebe, dass Wohnen nicht als Finanzgut, sondern als Grundrecht gelte, ist mehr als eine bloß aktivistische Forderung (vgl. Sabaté 2016). Für die Plattformen gilt, dass die politischen Eliten nicht dem prinzipiellen Anspruch gerecht werden, die in der spanischen Verfassung verankerten Grundsätze zumindest ansatzweise zu verwirklichen. »Allen Spaniern kommt das Recht zu, in würdevollen und angemessenen Wohnverhältnissen zu leben. Die Behörden werden die Bedingungen und Normen schaffen, um dieses

12 Im Jahr 2003 lebten nur 7,3 Prozent der spanischen Bevölkerung zur Miete und 81 Prozent in Eigentumswohnungen (vgl. Inurieta 2007: 29). 2020 war der Mietanteil auf 23,8 Prozent gestiegen (vgl. Statista 2021).

Recht zu verwirklichen, die Benutzung des Bodens im Sinne des Allgemeininteresses zu regulieren und Spekulation zu verhindern« – dieses Zitat aus Artikel 47 der spanischen Verfassung entstammt dem Gründungsmanifest (2003) der *Plataforma por una Vivienda Digna* (Plattform für ein Wohnen in Würde).

In diesem Manifest operiert der Verfassungsartikel als rhetorische Kontrastierung, um zu artikulieren, dass Behörden, Parteien und Regierung das prinzipielle Recht auf Wohnen »systematisch ignorieren«, ja die »demokratischen Mechanismen« aushebeln, um diesen Verfassungsartikel konkret zu verwirklichen (Vivienda Digna 2003). Wie schon im Manifest von »Echte Demokratie Jetzt« erscheinen die politisch-ökonomischen Eliten als die eigentlichen Systemkritiker. Ihr politisches und ökonomisches Handeln wird durch das Zitat des Verfassungsartikels so gerahmt, dass es zur Antithese der geltenden demokratischen Grundsätze mutiert.

Um diesen Zuständen entgegenzuwirken, schlägt *Vivienda Digna* drei Arten von Maßnahmen vor: die Erhöhung der öffentlichen Mittel für den sozialen Wohnungsbau und die Förderung bezahlbarer Mieten; der Einsatz von Kontrollmechanismen, um die Spekulation im Immobiliensektor einzudämmen – sowohl im Bereich des Wohnungsneubaus als auch gegen Hypothek- und Mietwucher; die Schaffung neuer Behörden und Gesetze, um diese nachhaltige Wohnpolitik zu verwirklichen (vgl. ebd.). In reformerischer Manier plädiert also das Manifest dafür, den Immobiliensektor sozialstaatlich einzudämmen, um das Recht auf Wohnen umzusetzen. Die politischen Institutionen werden zur Rechenschaft gezogen, von ihnen wird verlangt, dass sie ihren prinzipiellen Ansprüchen gerecht werden. Basale Gerechtigkeitsansprüche sind gegen ein politisches System zu verteidigen, das sie abstrakt postuliert, doch nicht implementiert. Auf diese Weise nimmt erneut eine *immanente* Kritik Gestalt an. Sie verteidigt die in der Verfassung postulierten Werte der spanischen Demokratie gegen ihre Aushöhlung durch eine antagonistische Koalition politischer und ökonomischer Instanzen. Im Ist-Zustand steckt eine normative Dimension, die der Einlösung harrt – und zwar durch jene, die nicht in den politischen Institutionen stehen, sondern diese *von außen* be- und hinterfragen.

2.3 Antagonismus und Identität (II): die Demokratie und ihre Repräsentanten

Die immanent ansetzende Kritik, die auf die Postulate der spanischen Verfassung rekurriert, um ein vermeintliches Grundrecht wie das auf Wohnen zu verteidigen, geht einher mit der absoluten Disqualifizierung der politischen und ökonomischen Eliten und deren Stilisierung als einer antagonistischen Koalition, die in einem polaren Gegensatz zu den einfachen Leuten steht. Beide rhetorischen Bewegungen, die immanent ansetzende und die verabsolutierende Kritik, finden in den Manifesten der Plattformen statt, die sich für ein Recht auf Wohnen engagieren. Offen bleibt allerdings: Wie stark fällt der Antagonismus zwischen den vermeintlichen Eliten und der noch vage bleibenden Wirkidentität aus? Ist der Gegensatz von »oben gegen unten« eine eher partielle Grenzziehung, die nur partikuläre Politikbereiche wie die Wohnpolitik betrifft? Oder ist sie eine absolute Grenzziehung, welche die spanische Gesellschaft prinzipiell in zwei Teile spaltet? Um diese Frage zu diskutieren, ist jetzt die Haltung der Empörten gegenüber der repräsentativen Demokratie zu rekonstruieren.